

Niederschrift

über die Einwohnerversammlung der Gemeinde Bosau am 02. Mai 2012 im Musikraum der Heinrich-Harms-Schule in Hutzfeld.

.....

Die Einladung erfolgte mit Bekanntmachung vom 16. April 2012, welche am 21. April 2012 im Ostholsteiner Anzeiger entsprechend der Bestimmungen der Hauptsatzung der Gemeinde Bosau bekannt gemacht wurde.

Die Zahl der teilnehmenden Einwohnerinnen und Einwohner ergibt sich aus der Anwesenheitsliste. Anwesend sind 56 Personen, darunter Mitglieder der Gemeindevertretung und Dorfvorsteher. Des Weiteren nehmen der Bürgervorsteher Herr Alfred Jeske, Herr Bürgermeister Mario Schmidt, Herr Rechtsanwalt Prof. Dr. Marcus Arndt, Mitarbeiter der Verwaltung, Frau Jutta Meyer als Protokollführerin sowie Vertreter der örtlichen Presse teil.

Herr Bürgervorsteher Alfred Jeske begrüßt um 19.30 Uhr die Einwohnerinnen und Einwohner.

Es wird festgestellt, dass die Einladung ordnungsgemäß ergangen ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Tagesordnung:

1. Verwaltungsstrukturreform
 - a). Vorstellung des Sachstandes durch den Bürgermeister
 - b). Diskussion
2. Bericht des Bürgermeisters
3. Einwohnerfragestunde

Punkt 1: Verwaltungsstrukturreform

Herr Bürgermeister Mario Schmidt übergibt das Wort direkt an Herrn Rechtsanwalt Prof. Dr. Arndt.

Herr Prof. Dr. Arndt erläutert den anwesenden Zuhörer/innen das Thema „Verwaltungsstrukturreform“, wie die derzeitige Verwaltungsform funktioniert und was für denkbare Szenarien es in Zukunft geben könnte. U. a. erklärt er den Unterschied zwischen einem haupt- und ehrenamtlichen Bürgermeister.

Herr Prof. Dr. Arndt zählt auf, welche fünf Alternativen künftiger Verwaltungsstrukturen in Betracht kommen könnten:

1. Einamtung der Stadt Plön in das Amt Großer Plöner See: Die Verwaltung würde dann auf eigene Verwaltungskräfte verzichten und die Verwaltung der Stadt Plön in Anspruch nehmen. Es gibt keinen hauptamtlichen Bürgermeister mehr, sondern einen ehrenamtlichen Bürgermeister für die Gemeinde Bosau. Der Bürgermeister der Stadt Plön wäre für die Leitung der Amtsgeschäfte zuständig. Dieses Szenario könnte das IM auch anordnen. Diese Lösung wollen die Stadt Plön und das Amt Großer Plöner See jedoch beide nicht.
2. Verwaltungsgemeinschaft zwischen der Stadt Plön und dem Amt Großer Plöner See: Das Amt nimmt die Verwaltung der Stadt Plön in Anspruch. Die Stadt Plön tritt dem Amt aber

nicht bei: Es gibt keinen hauptamtlichen Bürgermeister mehr. Dieses wäre nur auf freiwilliger Basis möglich, das IM könnte dieses Szenario nicht anordnen.

3. Das Amt Großer Plöner See bleibt bestehen, wie bisher das IM genehmigt die Ausamtungsanträge von Bösdorf und Ascheberg: Die beiden Gemeinden bilden eine Verwaltungsgemeinschaft mit der Stadt Plön. Das Problem dabei wäre, dass die gesetzliche Einwohnerzahlgrenze von 8.000 Einwohnern nur noch knapp erreicht würde. Um eine langfristige Absicherung der Hauptamtlichkeit zu erreichen, müsste das Amt Großer Plöner See überlegen, ob es nicht andere Nachbargemeinden mit ins Amt holt.
4. Die Gemeinde Bosau stellt einen Ausamtungsantrag beim IM und geht dann mit einem anderen Partner (z. B. mit der Stadt Eutin) eine Verwaltungsgemeinschaft ein: Die Verwaltung würde die Stadt Eutin übernehmen. Die Gemeinde Bosau hätte dann nur noch einen ehrenamtlichen Bürgermeister.
5. Alles bleibt so wie bisher, das IM lehnt die Ausamtungsanträge der beiden Gemeinden Bösdorf und Ascheberg ab: Die Gemeinde Bosau könnte auch erst mal abwarten, bis das IM eine Entscheidung zu den Ausamtungsanträgen fällt. Am 31.03.2013 läuft die Amtsperiode des hauptamtlichen Bürgermeisters ab. Neuwahlen können frühestens acht Monate vorher oder spätestens einen Monat vor Auslauf dieser Amtsperiode stattfinden. Die Ausschreibung dazu müsste fünf Monate vor Ablauf dieser Frist erfolgen. D. h. die Gemeinde Bosau hätte noch bis September Zeit für diesen Verfahrensschritt.

Es folgen die Fragen der Zuhörer/ innen:

Name, Wohnort	Frage	Antwort Herr Prof. Dr. Arndt
Herr Arne Kröger, Thürk	Warum können wir nicht einen hauptamtlichen Bürgermeister wählen und diesen später einfach ehrenamtlich übernehmen?	Das Problem ist, dass sich die Zuständigkeit der Wahlen ändern würde. D. h. der ehrenamtliche Bürgermeister wird nicht mehr von den Bürger/innen gewählt, sondern von der Gemeindevertretung. Der Status der Hauptamtlichkeit würde wegfallen und der Bürgermeister durch Beschluss in den Ruhestand versetzt werden. In der Kommunalverfassung ist eine Lösung in dieser Form nicht vorgesehen.
Herr Rolf Kotthoff, Bosau	Warum nimmt sich das Amt Großer Plöner See keinen Amtsdirektor?	Das geht nur wenn das Amt Großer Plöner See selbst Träger der Verwaltung ist und das geht zurzeit nicht, da die Gemeinde Bosau die Amtsgeschäfte hauptamtlich führt.
Herr Andreas Riemke, Thürk	Wenn die Gemeinde Bosau bis zum 31.03.2013 keine Bürger-	Die Gemeinde Bosau ist verpflichtet vorher die Wahlen einzuleiten, sonst

Name, Wohnort	Frage	Antwort Herr Prof. Dr. Arndt
	meisterwahlen einleitet und das IM noch keine Entscheidung getroffen hat. Was passiert dann?	verstößt die Gemeinde gegen die Gemeindeordnung. Die Gemeinde Bosau hätte aber die Möglichkeit, bei der Kommunalaufsicht einen entsprechenden Antrag zu stellen. Das IM könnte dann bei einer absehbaren Lösung, einen Beauftragten zum Übergang einsetzen (z. B. Bürgermeister Schmidt).
Herr Ulrich Moenig, Bosau	Kann man das IM zwingen eine Entscheidung zu treffen?	Die antragstellenden Gemeinden können das IM nicht zwingen, aber sie können klagen. D. h. Ascheberg und Bösdorf könnten beim OVG klagen, bis zu einer Entscheidung des OVG würden dann wahrscheinlich ein bis eineinhalb Jahre vergehen. Das IM wäre dann also im Zweifelsfall immer noch schneller.
Frau Beate Müller-Behrens, Bosau	Ist es ein Rechtsverstoß, wenn kein hauptamtlicher Bürgermeister gewählt wird?	Die Gemeinde Bosau verwaltet das Amt. Wenn das so bleibt, bleibt der hauptamtliche Bürgermeister erhalten und es müssten Wahlen stattfinden.
Herr Jürgen Reppenning, Hutzfeld	Welche Lösung ist die kostengünstigste für die Gemeinde Bosau?	Wenn eine Verwaltung eine Größe von ca. 15.000 bis 16.000 Einwohner hat, spricht man von der Idealgröße. Wenn eine Verwaltung über 20.000 Einwohner kommt, rechnet sich das nicht mehr und die Verwaltungskosten würden teurer werden. Aber es geht auch um die Qualität einer bürgernahen Verwaltung. Es ist ein großer Unterschied, wenn man als Bürger in eine kleine Verwaltung geht oder in eine sehr große, wie z. B. nach Kiel oder Hamburg. Wenn die Verwaltung in der Ferne liegt z. B. mit Sitz in Plön, dann ist die Erreichbarkeit für die Bürger/innen schwerer, das ist auch ein großer Qualitätsmangel für eine Verwaltung.
Herr Andreas Riemke, Thürk	Wenn den Ausamtungsanträgen von Bösdorf und Ascheberg evtl.	Die Gemeinde Bosau müsste einen Ausamtungsantrag beim IM stellen.

Name, Wohnort	Frage	Antwort Herr Prof. Dr. Arndt
	<p>nicht vom IM stattgegeben wird und der Vertrag mit dem Amt Großer Plöner See im März 2013 abgelaufen ist. Ist die Gemeinde Bosau dann wieder frei und könnte dann eine Lösung mit dem IM auf Augenhöhe gefunden werden? Oder bekäme die Gemeinde eine Zeitvorgabe als Lösung z. B. eine Frist von fünf Jahren?</p>	<p>Es wäre durchaus denkbar, dass das IM eine Zeit vorgibt, z. B. fünf Jahre, in den eine Lösung gefunden werden muss.</p>
<p>Herr Thorsten Behr- mann, Hutzfeld</p>	<p>Ist es sinnvoll, wenn sich eine städtische Gemeinde und eine ländliche Gemeinde zusammenschließen? Gibt es Zahlbeispiele dafür?</p>	<p>Ja, gibt es. Z. B. lassen sich die Gemeinden Wasbek und Bönnebüttel beide von der Stadt Neumünster verwalten, diese Lösung ist für beide Gemeinden kostengünstiger. Wie sich die Qualität der Verwaltungsarbeit verändert hat oder nicht, ist mir nicht bekannt.</p>
<p>Herr Winfried Trempenau-Semmler, Hutzfeld</p>	<p>Die einfachste Lösung wäre, wenn beide Gemeinden nicht ausgeamtet werden. Könnte die kommende Landtagswahl auch eine Bremse für die ausstehende Entscheidung sein?</p>	<p>Die Landtagswahlen könnten eine Verzögerung des IM verursachen. Wenn wir z. B. eine rot/grüne Regierung bekämen, dann ist die Wahrscheinlichkeit für eine Gebietsreform recht groß (D. h. das sich Änderungen in der Landesverfassung Schleswig-Holstein ergeben könnten).</p>
<p>Herr Jürgen Storm, Bosau</p>	<p>Könnte man ein Volksbegehren starten und damit eine zwingende Verwaltungsgemeinschaft zwischen der Gemeinde Bosau und der Stadt Eutin erwirken?</p>	<p>Man kann grundsätzlich erst ein Bürgerbegehren und dann auch einen Bürgerentscheid herbeiführen. Dieser Bürgerentscheid hat jedoch nur die Funktion eines Beschlusses einer Gemeindevertretung. Es würde sich nichts daran ändern, eine Zustimmung des IM wäre trotzdem nötig.</p>
	<p>Aber man damit könnte neue Fakten schaffen, wenn der Vertrag mit dem Amt Großer Plöner See im März 2013 ausläuft.</p>	<p>Ein Bürgerentscheid über eine Verwaltungsgemeinschaft mit der Stadt Eutin ist ausgeschlossen. Außerdem ist es ein langer Weg bis zu einem Bürgerentscheid, sowas ist mit Vorsicht zu genießen. Auch wenn die Verbindungen und Infrastrukturvernetzungen mehr Richtung Eutin gehen.</p>
<p>Frau Kerstin Schrameier, Liensfeld</p>	<p>Warum kann es nicht auch eine Lösung sein, wenn unser Amt so bleibt wie es ist? Das ist meine</p>	<p>Das wäre Alternative 5.</p>

Name, Wohnort	Frage	Antwort Herr Prof. Dr. Arndt
	persönliche Meinung als Bürgerin.	
Herr Gerd Sacknieß, Bosau	Ich musste in den letzten fünf Jahren noch nie nach Plön fahren. Mir wurde immer sehr nett hier in der Verwaltung in Hutzfeld geholfen. Wir brauchen keine andere Verwaltungsform, die jetzige ist gut, so wie sie ist.	
Herr Armin Penner, Majenfelde	Es ist also auch im Hinblick auf der kommenden Landtagswahlen keine Eile geboten. D. h. wir brauchen keine Bürgermeisterwahl vor Oktober übers Knie brechen. Die fünfte Variante: „Alles bleib so wie es ist“, wäre dann die beste Möglichkeit. Wenn den Ausamtsanträgen von Bösdorf und Ascheberg nicht zugestimmt werden würde. Ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit diesen beiden Gemeinden dann überhaupt noch möglich?	Antwort Bürgermeister Schmidt: Ascheberg hat nur aus finanziellen Gründen einen Ausamtsantrag beim IM gestellt. Zurzeit lässt Ascheberg die steuerrechtlichen Fragen von der Stadt Plön überprüfen, damit das Angebot der Stadt nicht teurer wird, als die jetzt gezahlte Amtsumlage. Wenn dieser Grund dort wegfällt, dann wäre in Ascheberg ein entsprechender Beschluss denkbar. Von Bösdorf habe ich nichts gehört. Der Bürgermeister der Bösdorfer spricht selten mit der Verwaltung. Wenn das IM gegen die Ausamtsanträge entscheiden würde, dann sind alle Beteiligten zur Einvernehmlichkeit verpflichtet.

Punkt 2: Bericht des Bürgermeisters

Herr Bürgermeister Schmidt berichtet über die Investition 2012 der Gemeinde Bosau:

- 30.000 € für den Brandschutz
- Fahrzeugausschreibung für die FF Bosau-Kleinneudorf
- Sanierung Gemeindestraßen:
 - 331.000 € für die Sanierung Hassendorf – Hassendorfer Dreieck davon sind 153.000 € genehmigte Fördermittel vom Land.
- Heinrich-Harms-Schule:
 - Zufahrtssituation der Busse wird verbessert
 - 34.000 € für Schulmöbel im Haushaltsplan vorgesehen
- B-Pläne: Windenergiefläche Tedrahnshöhe im Regionalplan aufgenommen
- Beschluss aus dem letzten Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss: Auf dem Grundstück von Fam. Rauch dürfen 15 Einheiten Ferienwohnungen gebaut werden.

Der Bericht des Bürgermeisters wird von den Einwohnerinnen und Einwohnern zur Kenntnis genommen.

Punkt 3: Einwohnerfragestunde

Von den anwesenden Einwohnern/Einwohnerinnen werden folgende Fragen gestellt:

Herr Hans-Georg Wiedorn, Bosau

Herr Wiedorn fragt an, ob es eine Chance für eine bessere Internetverbindung gibt?

Bürgermeister Mario Schmidt erläutert, dass es derzeit eine Zwischenlösung gibt, die LTE-Technik (eine Funklösung wird von Vodafone und Innofactory angeboten). Die Kosten für eine Verlegung von Glasfaserkabeln sind zu hoch, die Verwaltung ist derzeit bemüht eine Lösung zu finden.

Herr Klaus-Peter Kühl, Liensfeld

Herr Kühl fragt nach warum nur noch drei Wahllokale für die Kommunalwahlen am 6. Mai 2012 zur Verfügung stehen? Er stellt den Antrag an die Gemeindevertretung der Gemeinde Bosau für die kommenden Wahlen wieder alle acht Wahllokale zur Verfügung zu stellen. Damit auch ältere und gehbehinderte Menschen ohne Auto wählen gehen können.

Herr Bürgermeister Mario Schmidt weist darauf hin, dass nicht genug ehrenamtliche Personen für acht Wahlvorstände zur Verfügung stehen und eine Besetzung für die jetzigen drei Wahllokale gerade noch ausreichend waren. Es haben einfach nicht genügend freiwillige Personen zur Verfügung gestanden.

Herr Klaus-Peter Kühl, Liensfeld

Herr Kühl berichtet, dass sich bei Ihm viele Personen freiwillig gemeldet hätten.

Herr Bürgermeister Mario Schmidt antwortet, dass diese Personen sich gerne in der Verwaltung für die kommenden Wahlen melden können.

Herr Karl-Hermann Eltermann, Hutzfeld

Herr Eltermann bemängelt, dass die Hauptstraßen durch Hutzfeld in einem unmöglichen Zustand sei.

Herr Bürgermeister Mario Schmidt weißt darauf hin, dass es sich bei der Hauptstraße durch Hutzfeld um eine Landesstraße handle und die Verwaltung das Land Schleswig-Holstein nur immer wieder auffordern könne die Straßen in Ordnung zu bringen.

Herr Max Plieske, Brackrade

Herr Plieske antwortet auf die Frage von Herrn Kühl, dass er sogar mitbekommen habe, wie teilweise Leute in die Verwaltung gekommen seien und sich beschwert haben, dass sie keine ehrenamtlichen Wahlhelfertätigkeiten machen wollen. Ältere Leute könnten außerdem auch per Briefwahl wählen.

Herr Bürgermeister Mario Schmidt

Herr Bürgermeister Mario Schmidt weist darauf hin, dass interessierte Leute sich gerne als ehrenamtliche Wahlhelfer/innen in der Verwaltung melden dürfen.

Frau Kerstin Schrameier, Bosau

Frau Schrameier gibt zur Kenntnis, dass nicht alle Gemeindevertreter/innen der gleichen Meinung waren, weniger Wahllokale zur Verfügung zu stellen. Außerdem bietet Sie an, ältere Leute mitzunehmen, wenn sie selbst zum wählen fährt.

Herr Bürgervorsteher Jeske schließt die Einwohnerversammlung, bedankt sich für die rege Beteiligung und wünscht den Anwesenden einen guten Heimweg.

Ende der Veranstaltung 21.50 Uhr.

-Bürgervorsteher-
Protokollführerin-

-